

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5312

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5312



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Bewaffnete Neutralität macht die Schweiz sicher und stark:



Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei zur Sicherheitspolitik

August 2025

Inhalt

Die wichtigsten Forderungen der SVP auf einem Blick.....	3
Teil 1: Geopolitik, Neutralität und die Rolle der Schweiz.....	4
1.1 Die Wiedergeburt der Geopolitik	4
1.2 Die geopolitische Lage der Schweiz.....	8
1.3 Neutralität und Gute Dienste: eine strategische Notwendigkeit.....	11
1.4 Die Sicherheitspolitik der neutralen Schweiz.....	14
Teil 2: Instrumente und Handlungsbedarf der Schweizer Sicherheitspolitik.....	17
2.1 Funktionen, Aufgaben und Ziele der Sicherheitspolitik der Schweiz	17
2.2 Eine Armee, die kämpfen kann.....	18
2.3 Dringender Handlungsbedarf der Armee.....	20
2.4 Reformbedarf des VBS.....	23
2.5 Eine starke Rüstungsindustrie.....	25
2.6 Ein guter Nachrichtendienst	27
Quellen.....	29

Die wichtigsten Forderungen der SVP auf einem Blick

- Die SVP fordert eine Aussenpolitik, welche konsequent die **Interessen der Schweiz** verfolgt.
- Die SVP verlangt die unbedingte Einhaltung der **immerwährenden, bewaffneten Neutralität**.
- Die SVP **lehnt eine einseitige Anlehnung an die NATO ab**; gemeinsame Übungen und Ausbildungen sowie punktuelle Zusammenarbeiten bleiben möglich.
- **Die SVP verlangt eine Rückkehr zu einer Politik ohne Übernahme von Sanktionen**, die nicht vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen wurden.
- Die SVP fordert die Ausrichtung der Sicherheitspolitik auf die bewaffnete, militärische Bedrohung; dazu gehört eine **ausgerüstete, ausgebildete und einsatzfähige Armee**.
- Die SVP fordert die Verankerung der **Gesamtverteidigung** in der Sicherheitspolitik der Schweiz.
- Die SVP will einen **funktionierenden Nachrichtendienst des Bundes NDB**, der in der Lage ist, die Bedrohung im In- und Ausland früh zu erkennen und die politisch-militärische Führung im Umgang damit zu beraten.
- Die SVP will die **Steuerung der Zuwanderung**, insbesondere das Ende des Asyl-Chaos und die Kontrolle der Grenze als wirksame Mittel gegen Terrorismus, Spionage und hybrider Konfliktführung.
- Die SVP sieht als integralen Teil dieses Ansatzes die **Miliz**, welche sowohl in der Armee als auch in anderen Organisationen mit Verteidigungsauftrag zu stärken ist.
- **Die SVP verlangt eine Armee, die «kämpfen kann»**, also ausgerüstet, finanziert, ausgebildet und einsatzbereit ist.
- Die SVP fordert eine **Erhöhung des Gesamtpersonalbestands** der Armee auf mindestens 120'000 Armeeangehörige in der kurzen Frist und in der mittleren Frist auf mindestens 200'000. Die Alimentierung muss auf jeden Fall sichergestellt sein. Für den Zivildienst muss die Gewissensprüfung wieder eingeführt werden.
- Die SVP fordert eine Doktrin, welche den **Kampf der verbundenen Waffen**, die Operationen in allen Dimensionen und die Durchhaltefähigkeit der Armee sicherstellt.
- Die SVP verlangt eine Armee mit klarem **Fähigkeitsprofil und Organisation** (Ordre de Bataille).
- Die SVP fordert eine rasche Erhöhung der **Finanzmittel** für die Armee auf mindestens 1% des BIP bis spätestens 2030.
- Die SVP verlangt die Einführung einer Wehrpflichtersatzabgabe für ausländische Staatsangehörige.
- Die SVP will eine prosperierende **nationale Rüstungsindustrie** ermöglichen, welche eine gewisse Unabhängigkeit bei Ausrüstung und Unterhalt der Systeme unserer Armee garantiert.
- Die SVP anerkennt das **liberale Waffenrecht als elementaren Bestandteil der schweizerischen Sicherheitskultur**. Eine bewaffnete Bürgerschaft ist Ausdruck von Wehrwille und Eigenverantwortung.

Teil 1: Geopolitik, Neutralität und die Rolle der Schweiz

1.1 Die Wiedergeburt der Geopolitik

Die internationale Ordnung, wie sie sich nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion herausbildete, war von einer trügerischen Hoffnung geprägt. Die These vom **«Ende der Geschichte»** suggerierte eine unaufhaltsame globale Konvergenz hin zu liberalen Demokratien und freien Märkten unter der wohlwollenden Hegemonie der Vereinigten Staaten.

Diese optimistische Vision, die eine Ära dauerhaften Friedens und kooperativer Globalisierung versprach, hat sich als **gefährliche Illusion** erwiesen. Die **Geschichte ist nicht zu Ende; sie ist mit voller Wucht zurückgekehrt**. Wir erleben heute eine unübersehbare und oft brutale Wiedergeburt einer Geopolitik, in der Machtpolitik, nationale Interessen, ideologische Konfrontation und militärische Stärke wieder die bestimmenden Faktoren der internationalen Beziehungen sind. Heute ist die Welt von der «Great Power Competition» (GPC), also vom **Wettbewerb der Grossmächte**, geprägt.

Die Wurzeln dieser Entwicklung liegen tief:

- Der **Aufstieg Chinas** von einer regionalen Macht zu einem globalen wirtschaftlichen und zunehmend auch militärischen Akteur hat die von den USA dominierte Nachkriegsordnung fundamental herausgefordert. Peking strebt nicht nur nach wirtschaftlichem Wohlstand, sondern auch nach einer Revision der globalen Spielregeln, die seinen Interessen und seinem autoritären politischen Modell besser entsprechen. Die «Belt and Road Initiative» (BRI), das Shanghaier Kooperationsabkommen und die Institutionalisierung der BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) als Organisation mit ständigem Sekretariat sind geostrategische Initiativen, welche das US-amerikanisch geführte, «westliche» System herausfordern wollen. China positioniert sich bereits heute an die Spitze ausgewählter Technologien, etwa in der künstlichen Intelligenz, Robotik und Rüstung.
- Gleichzeitig hat **Russland** nie die Demütigung des sowjetischen Zusammenbruchs überwunden und verfolgt die Politik, den verlorenen Einfluss in seiner «nahen Nachbarschaft» zurückzugewinnen und die NATO-Erweiterung zu stoppen. Russland sieht sich und ist auch, zumindest aufgrund seiner nuklearen Kapazitäten, eine Grossmacht. Seine Grösse, die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, aber auch das weitläufige wirtschaftliche und politische Netzwerk in Asien und Afrika sowie in den internationalen Organisationen machen Russland zu einem der wichtigsten geopolitischen Akteure. Es mag sein, dass die Armee des Landes nicht mehr über die Schlagkraft vergangener Tage verfügt, doch daraus folgt nicht zwingend eine geopolitische Schwächung.
- Die **USA** wiederum sehen ihre globale Vormachtstellung bedroht und reagieren mit einer verstärkten Fokussierung auf die Eindämmung ihrer Rivalen, insbesondere Chinas. Auch wenn die USA derzeit herausgefordert werden, ist das Land weiterhin die geopolitische Nummer 1. Ihr Schwergewicht macht sich in allen Dimensionen bemerkbar: Konsum, Handel, «Soft Power», Tech-

nologie, internationale Verbindungen, im Cyberraum und im militärischen Bereich. Trotz den nicht immer einfach einzuordnenden Aktionen des derzeitigen Präsidenten ist der Wille der USA ihre weltweite Vormachtstellung zu halten und auszubauen ungebrochen, bzw. sogar gestärkt. Spätestens seit der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2017 ist die Rückkehr des Grossmachtwettbewerbs als zentrales Paradigma der internationalen Politik offiziell anerkannt. Zudem sinkt die Bereitschaft der USA, für die Verteidigung der «westlichen Ordnung» zu bezahlen.

- Um es deutlich zu sagen: Die **Europäische Union** ist demgegenüber keine geopolitische Grossmacht. Ihre geopolitische Bedeutung ist stets im Zusammenhang mit der des (nunmehr erodierenden) Nordatlantikpakts zu sehen. Die EU mag zwar eine Führungsrolle in globalen Fragen beanspruchen, doch sie kann nur dann wahrgenommen werden, wenn ihr diese Rolle durch andere – USA, China, Russland – zugebilligt wird oder wenn sie diese Rolle in Kooperation mit anderen wahrnimmt, was immer weniger der Fall ist. Zudem basiert das Potential für diese Rolle allein auf wirtschaftlicher Kraft, militärisch ist Europa aktuell eine weitgehend vernachlässigbare Grösse. Stand heute ist die EU nicht in der Lage, sich zu verteidigen; ihre Mitgliederstaaten auch nicht.

Es ist übertrieben, von einem Konflikt zwischen dem «Westen» und dem «Osten» zu sprechen. Stattdessen sollte man eher von Konkurrenz **überlappender Netzwerke** mit jeweils anderen Führungsansprüchen sprechen. Zum Beispiel wird die **BRICS-Gruppe** eindeutig von China geführt. Diese Gruppe will möglichst viele Länder des «Globalen Südens» vereinigen und hat in den letzten Jahren die Mitglieder erweitert. Auch die Anzahl der Länder, die noch bereit sind, der Gruppe beizutreten, wird grösser. Trotzdem: Die gleichen Länder, inklusive China, sind auch noch Mitglied der Vereinten Nationen, der Weltbank, der Welthandelsorganisation und anderer Initiativen, die US-amerikanisch angeführt sind.

Kennzeichen der aktuellen geopolitischen Lage ist, dass Länder gleichzeitig unterschiedlichen Zielsetzungen mit unterschiedlichen Verbündeten nachgehen können. Diese Lage lässt sich am besten als **Multilateralismus** bezeichnen.

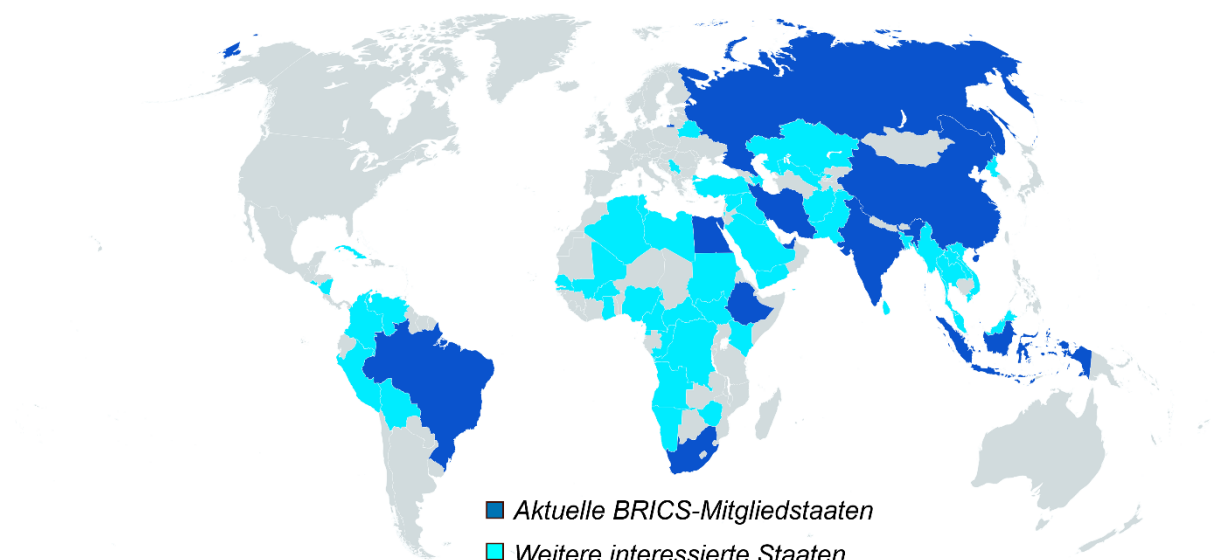


Abbildung 1: Die BRICS Gruppe. Quelle: CSS ETH Zürich, Präsentation am 10.1.25 in Horn, TG.

Der geopolitische Wettbewerb zwischen den Ländern erfolgt in verschiedenen Dimensionen. Diese sind miteinander verzahnt:

- **Wirtschaftlich:** Handelskriege, Sanktionen, der Kampf um technologische Vorherrschaft (z.B. bei Halbleitern, künstlicher Intelligenz, 5G), die Kontrolle über kritische Rohstoffe (z.B. seltene Erden) und Lieferketten (inklusive Handelsrouten und Meeresdurchgänge) sowie das Ringen um die Dominanz in internationalen Finanzorganisationen prägen die Beziehungen.
- **Politisch und diplomatisch:** Die Grossmächte konkurrieren um Einfluss in internationalen Organisationen (UNO, WTO etc.), versuchen, regionale Bündnisse zu schmieden oder zu schwächen, unterstützen ihnen genehme Regime, stützen ihnen nicht genehme Regierungen und üben diplomatischen Druck auf andere Staaten aus, sich ihrer Linie anzuschliessen.
- **Ideologisch:** Es findet ein zunehmend scharfer Systemwettbewerb zwischen freiheitlichen Demokratien und autoritären Modellen (insbesondere dem chinesischen Staatskapitalismus und dem russischen Autoritarismus) statt. Beide Seiten versuchen, ihre Werte und Normen global zu verbreiten und die Legitimität des jeweils anderen Systems zu untergraben. Sie versuchen auch, ihre Machtauszuweiten, um sich Vorteile zu verschaffen.
- **Militärisch:** Ein neues Wettrüsten ist im Gange, insbesondere bei strategischen Waffen (Nuklearwaffen, Hyperschallraketen) und neuen Technologien (Cyber, Weltraum, KI). Stellvertreterkonflikte, militärische Machtprojektionen (z.B. im Südchinesischen Meer, in der Arktis), die Stationierung von Truppen und die Durchführung grosser Manöver erhöhen die Spannungen und das Risiko einer direkten Konfrontation.
- **Informationsraum und Cyberraum:** Desinformationskampagnen, Propaganda, Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen, Cyberspionage und die Manipulation sozialer Medien sind zu alltäglichen Instrumenten der hybriden

Kriegsführung geworden, um Gesellschaften zu destabilisieren und politische Prozesse zu beeinflussen.

Die geopolitischen Bruchlinien verlaufen dabei nicht nur zwischen den Grossmächten, sondern auch entlang von Ressourcenkonflikten (Energie, Wasser, seltene Erden), strategisch wichtigen Regionen (Indopazifik, Naher Osten, Osteuropa, Arktis), globalen Handelsrouten und technologischen Abhängigkeiten.

Die **Wiedergeburt der Geopolitik** ist auch eng mit dem Phänomen des relativen Machtwandels verbunden. Die Theorie des Machtübergangs (Power Transition Theory) besagt, dass Perioden, in denen aufstrebende Mächte die etablierten Hegemonialmächte herausfordern, besonders konfliktträchtig sind. Die Unzufriedenheit der aufstrebenden Macht mit dem bestehenden Status quo und die Angst der etablierten Macht vor dem Verlust ihrer Position schaffen eine gefährliche Dynamik, die oft zu Kriegen geführt hat. Ob der aktuelle Machtübergang friedlich gestaltet werden kann, ist eine der zentralen Fragen unserer Zeit.

Doch nicht nur die Geopolitik ist zurück. Weltweit gibt es mehrere Konflikte ober- und unterhalb der Kriegsschwelle, wie dies Abbildung 2 veranschaulicht. Die Konflikte namentlich in Afrika und Asien führen zudem zu Migrationsdruck. Der Migrationsdruck besteht aber nicht nur in der Flucht vor Konflikten, sondern auch in der Flucht vor den negativen Auswirkungen dieser Konflikte, etwa wirtschaftlich, sozial und kulturell. Gerade für diese Art der Migration hat der europäische Kontinent und darin insbesondere die Schweiz eine hohe Anziehungskraft aus.

Es kommt aber zu einem eigenartigen Rückkoppelungseffekt: Die Migration wird dabei oft von Drittstaaten oder Terrorgruppierungen instrumentalisiert. Sie wird als Instrument der hybriden Kriegsführung eingesetzt.



Abbildung 2: Übersicht über die Konflikte auf der heutigen Welt. Quelle: Schweizer Armee, Präsentation am 11.1.25 in Horn, TG.

Konsequenzen für die Schweiz

Für die Schweiz sind die Implikationen dieser neuen geopolitischen Ära tiefgreifend und beunruhigend. Der internationale Handlungsspielraum wird enger, der Druck, sich zwischen den konkurrierenden Blöcken zu positionieren, nimmt zu. Die wirtschaftliche Verwundbarkeit durch die Unterbrechung globaler Lieferketten, den Missbrauch wirtschaftlicher Abhängigkeiten (Weaponization of Interdependence) und protektionistische Massnahmen steigt.

Die Gefahr, zum Kollateralschaden in Konflikten anderer zu werden, wächst. Die Notwendigkeit, die eigene strategische Autonomie, Resilienz und Verteidigungsfähigkeit zu bewahren und zu stärken, wird überlebenswichtig. Eine Aussen- und Sicherheitspolitik, die sich an den Illusionen der Post-Cold-War-Ära orientiert und auf eine baldige Rückkehr zu einer kooperativen Weltordnung hofft, ist unter diesen Umständen nicht nur naiv, sondern verantwortungslos und gefährdet die Zukunft des Landes. Realismus, eine klare Orientierung an den nationalen Interessen, gefährlichsten Szenarien sowie die unbedingte Bereitschaft zur Verteidigung der eigenen Unabhängigkeit und Neutralität sind das Gebot der Stunde.

Die illegale Migration stellt eine zunehmende Bedrohung für den sozialen Frieden, die innere Sicherheit und die Integrationsfähigkeit der Schweiz dar. Die Instrumentalisierung von Migrationsströmen durch Drittstaaten oder kriminelle Netzwerke muss als Teil hybrider Kriegsführung erkannt und bekämpft werden.

Forderungen der SVP

- Aussenpolitik ist Sicherheitspolitik: Die SVP fordert eine Aussenpolitik, welche konsequent die Interessen der Schweiz verfolgt.
- Bewaffnete Neutralität als Interessenspolitik: Die SVP verlangt die unbedingte Einhaltung der bewaffneten Neutralität.
- Strategische, selbstbestimmte Sicherheitspolitik: Gerade angesichts der weltweiten geopolitischen Lage will die SVP eine Sicherheitspolitik, welche die Selbstbestimmung des Landes in den Mittelpunkt stellt.
- Migrationspolitik als Sicherheitspolitik: Die SVP fordert konsequente Rückführungen, griffige Grenzkontrollen und eine sicherheitspolitisch koordinierte Asylpolitik.

1.2 Die geopolitische Lage der Schweiz

Als Kleinstaat ohne direkten Zugang zum Meer und mit begrenzten natürlichen Ressourcen ist die Schweiz stark von stabilen internationalen Beziehungen und offenen Märkten abhängig. Ihre hochentwickelte, exportorientierte Volkswirtschaft ist tief in globale Wertschöpfungsketten integriert, was sie anfällig für internationale Krisen und geopolitische Verwerfungen macht.

Die **sicherheitspolitische Lage** der Schweiz hat sich, wie jährlichen Lagebericht des NDB, dem Sicherheitspolitischen Bericht 2021 des Bundesrates und dessen Zusatzbericht zum Ukraine-Krieg festgehalten, **in den letzten Jahren deutlich verschlechtert**. Sie ist **instabiler, unübersichtlicher und unberechenbarer** geworden. Der Umgangston in der internationalen Politik ist rauer geworden, das rücksichtslose Verfolgen machtpolitischer Interessen hat zugenommen. Die Ero-

sion multilateraler Zusammenarbeit und internationaler Sicherheitsstrukturen schreitet voran.

Die konkreten Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz haben sich zwar nicht grundlegend verändert, aber weiterentwickelt und teilweise verschärft:

1. **Militärische Bedrohung:** Eine direkte konventionelle militärische Bedrohung der Schweiz bleibt zwar kurzfristig unwahrscheinlich, sie kann aber nicht ausgeschlossen werden. Die Aufrüstung und die erhöhte Militärpräsenz in Europa erhöhen das Risiko von Fehlkalkulationen und unbeabsichtigten Eskalationen, die auch die Schweiz betreffen könnten. Die Armee muss daher primär auf die Verteidigung des eigenen Territoriums gegen einen militärischen Angriff ausgerichtet sein. Dabei muss sie auf die schlimmsten Szenarien vorbereitet sein.
2. **Hybride Konfliktführung:** Die grösste und wahrscheinlichste Bedrohung geht von hybriden Strategien aus. Diese kombinieren verdeckte und offene Mittel unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges, um einen Staat zu destabilisieren, seine Politik zu beeinflussen oder seine Interessen zu schädigen. Dazu gehören Desinformationskampagnen, politische Einflussnahme (z.B. durch Finanzierung von Parteien oder Organisationen), Cyberangriffe, wirtschaftlicher Druck, die Instrumentalisierung von Migrationsströmen und Spionage.
3. **Cyber-Bedrohungen:** Die fortschreitende Digitalisierung erhöht die Verletzlichkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft massiv. Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen (Energieversorgung, Finanzwesen, Verkehr, Gesundheitswesen), Spionage zur Erlangung politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Informationen sowie Sabotageakte stellen eine permanente Bedrohung dar. Staatliche und nicht-staatliche Akteure entwickeln ihre Fähigkeiten in diesem Bereich kontinuierlich weiter.
4. **Terrorismus:** Die terroristische Bedrohung, insbesondere durch den islamistischen Extremismus, bleibt in der Schweiz erhöht. Auch wenn grosse, koordinierte Anschläge nicht die Regel sind, besteht weiterhin die Gefahr von Angriffen durch Einzeltäter oder Kleingruppen, die sich online und auch physisch radikalisierten.
5. **Spionage:** Die Schweiz ist aufgrund ihrer internationalen Rolle (Sitz von Organisationen, Finanzplatz) und ihrer Hochtechnologie-Industrie ein attraktives Ziel für Spionageaktivitäten fremder Mächte. Politische, wirtschaftliche und militärische Spionage gefährden die Souveränität, die wirtschaftlichen Interessen und die Sicherheit des Landes.
6. **Ungesteuerte Migration:** Massive und unkontrollierte Migrationsströme können die soziale Stabilität, die innerstaatliche Sicherheit und die Integrationsfähigkeit der Schweiz überfordern. Zudem können Migrationsrouten von kriminellen oder terroristischen Organisationen missbraucht werden.
7. **Versorgungssicherheit:** Die Abhängigkeit der Schweiz von Importen bei Energie (Öl, Gas), Rohstoffen und teilweise auch Nahrungsmitteln stellt eine strategische Verwundbarkeit dar. Geopolitische Krisen, Handelskonflikte oder

Störungen der globalen Lieferketten können die Versorgungssicherheit gefährden. Die gescheiterte Energiestrategie und der politisch forcierte Ausstieg aus der Kernenergie verschärfen insbesondere die Gefahr einer Strommangel- lage und damit der Abhängigkeit vom Ausland.

Diese Bedrohungen und Verwundbarkeiten erfordern eine umfassende und realistische Sicherheitspolitik. Die Schweiz muss ihre Fähigkeit zur Früherkennung von Krisen stärken, ihre Resilienz gegenüber hybriden Angriffen erhöhen und ihre Verteidigungsfähigkeit konsequent auf die neuen Realitäten ausrichten. Die geo- grafisch und geopolitisch nach wie vor vergleichsweise vorteilhafte Lage darf nicht zu trügerischer Sicherheit verleiten.

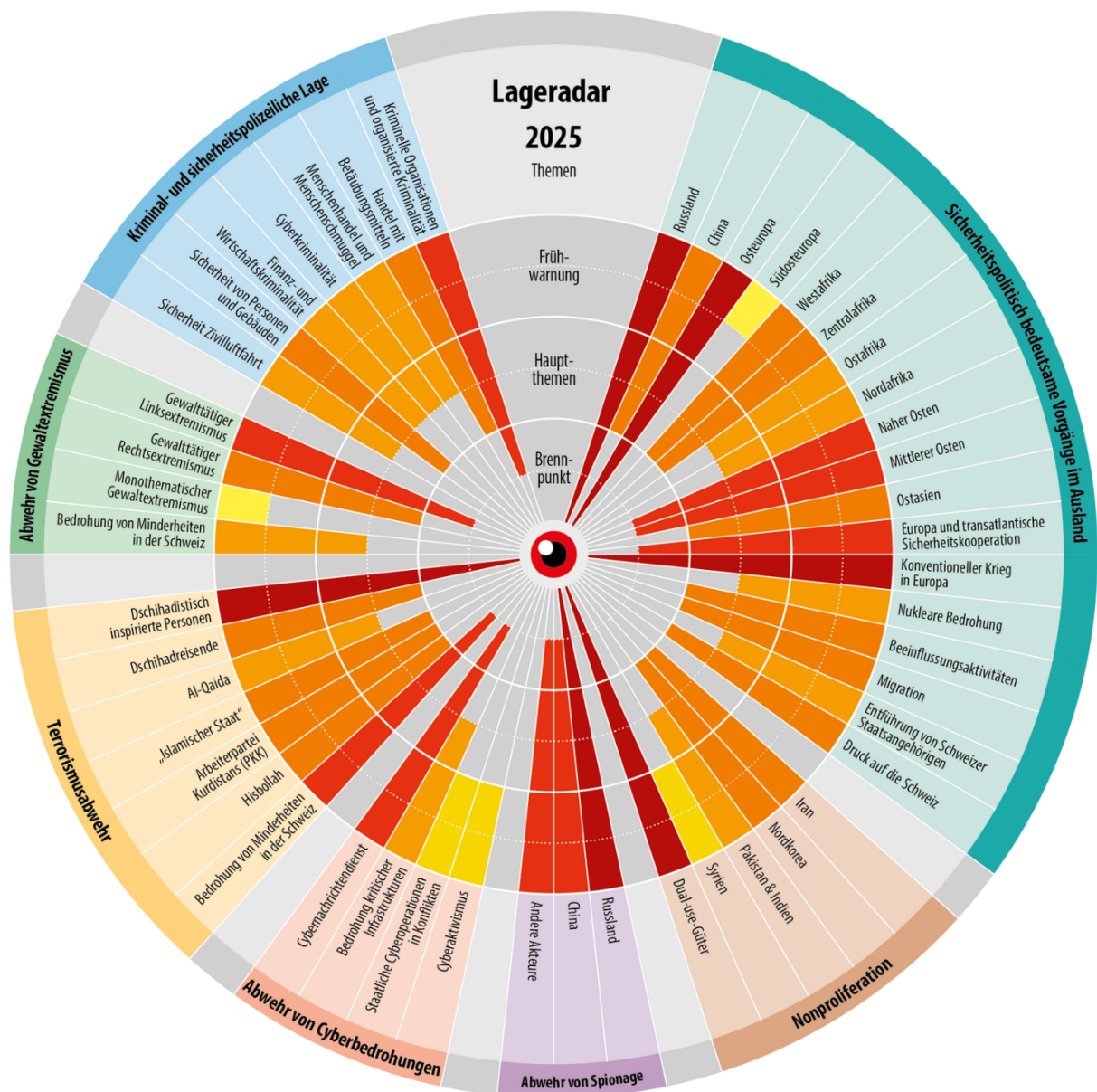


Abbildung 3: Lageradar 2025. Quelle: Nachrichtendienst des Bundes, Lagebericht 2025.

Konsequenzen für die Schweiz

Realismus in der Aussen- und Innenpolitik sind das Gebot der Zeit. Die Welt ist so zu sehen, wie sie ist und nicht, wie einzelne Gruppierungen sie gerne hätten.

Die Schweiz als offene Volkswirtschaft braucht Sicherheit im Inneren und gegen Aussen und sie muss realistische Ansätze entwickeln, um diesen entscheidenden Standortfaktor zu stärken und auszubauen.

Gleichzeitig muss sich die Schweiz den aktuellen Gefahren, die aus der Migration, dem Cyber-Bereich, der Spionage oder dem Terrorismus ergeben, stellen. Diese Gefahren bestehen an sich und können auch in der hybriden Konfliktführung gezielt instrumentalisiert werden. Ohne einen funktionierenden Nachrichtendienst wird die Schweiz diese Gefahren kaum erkennen und gegen sie antreten.

Forderungen der SVP

- Die SVP fordert die Ausrichtung der Sicherheitspolitik auf die bewaffnete, militärische Bedrohung; dazu gehört eine ausgerüstete, ausgebildete und einsatzfähige Armee.
- Die SVP will einen funktionierenden Nachrichtendienst des Bundes, der in der Lage ist, die Bedrohung im In- und Ausland früh zu erkennen und die politisch-militärische Führung im Umgang damit zu beraten.
- Die SVP will die Steuerung der Zuwanderung, insbesondere das Ende des Asyl-Chaos und die Kontrolle der Grenze als wirksame Mittel gegen Terrorismus, Spionage und hybrider Konfliktführung.
- Die SVP verlangt, dass die Armee primär auf die Verteidigung des eigenen Territoriums ausgerichtet ist und auf die gefährlichsten Szenarien vorbereitet ist.

1.3 Neutralität und Gute Dienste: eine strategische Notwendigkeit

In einer Welt, die von der Wiederkehr der Geopolitik, zunehmenden Spannungen zwischen Grossmächten und der Erosion internationaler Normen geprägt ist, stellt sich für die Schweiz die Frage nach ihrer aussen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung mit neuer Dringlichkeit. Die Antwort der SVP Schweiz ist klar, unmissverständlich und tief in der Geschichte sowie den bewährten Prinzipien unseres Landes verwurzelt: die **immerwährende, umfassende und bewaffnete Neutralität**.

Wichtig ist die Unterscheidung zwischen dem **Neutralitätsrecht** und der **Neutralitätspolitik**:

- **Neutralitätsrecht:** Dieses ist im Völkerrecht, insbesondere in den Haager Abkommen von 1907 und im Völkergewohnheitsrecht, kodifiziert. Es definiert die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates **im Falle eines zwischenstaatlichen Krieges**. Das zentrale Recht ist die Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums. Die zentralen Pflichten umfassen die Nichtteilnahme an extraterritorialen Kriegen (militärisch oder durch Unterstützung), die Sicherstellung der eigenen Verteidigungsfähigkeit (um die Neutralität glaubwürdig zu untermauern und Verletzungen des Territoriums abwehren zu können), die Gleichbehandlung der Kriegsparteien (insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche Beziehungen und Rüstungsexporten, wobei bestehende Verträge berücksichtigt werden können) und die Verweigerung der Fremdnutzung des eigenen Territo-

riums (z.B. für Truppendurchmärsche) oder der Bereitstellung von Söldnern für Kriegsparteien.

- **Neutralitätspolitik:** Diese umfasst alle Massnahmen, die ein neutraler Staat wie die Schweiz **freiwillig und eigenständig** ergreift, um die Glaubwürdigkeit, Wirksamkeit und Akzeptanz seiner Neutralität auch in Friedenszeiten sicherzustellen und sich an das sich wandelnde internationale Umfeld anzupassen. Die Neutralitätspolitik ist somit flexibler als das strikte Neutralitätsrecht und liegt im Ermessen des neutralen Staates. Sie dient dazu, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Neutralität im Ernstfall auch tatsächlich respektiert wird. Dazu gehört eine Aussenpolitik, die auf Ausgleich, Dialog und die Vermeidung einseitiger Parteinahme setzt, aber auch eine glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft.

Die SVP Schweiz tritt für eine **umfassende und integrale Auslegung der Neutralität** ein. Das bedeutet, dass die Prinzipien der Neutralität nicht nur im Kriegsfall, sondern auch in Friedenszeiten als Leitlinie für die gesamte Aussen- und Sicherheitspolitik dienen sollen. Eine "differenzierte" oder "kooperative" Neutralität, die versucht, sich je nach Situation selektiv an Sanktionen oder politischen Positionen anderer anzuschliessen, höhlt die Glaubwürdigkeit der Neutralität aus und macht die Schweiz berechenbar und erpressbar.

Die Übernahme von Wirtschaftssanktionen, die nicht vom UNO-Sicherheitsrat – der einzigen völkerrechtlich legitimierten Instanz für solche Massnahmen – beschlossen wurden, ist mit einer umfassenden Neutralitätspolitik unvereinbar. Die automatische Übernahme von EU-Sanktionen gegen Russland durch den Bundesrat war ein schwerwiegender Fehler, der die traditionelle Rolle der Schweiz als unparteiische Vermittlerin geschädigt und die nationalen Interessen gefährdet hat. Die Schweiz wird dadurch von einer der Kriegsparteien als Gegner wahrgenommen, was ihre Möglichkeiten für Gute Dienste einschränkt und sie potenziell selbst zum Ziel von (hybriden) Angriffen macht.

Die Neutralität der Schweiz war und ist stets eine **bewaffnete Neutralität**. Die Fähigkeit und der unmissverständliche Wille, die eigene Unabhängigkeit und territoriale Integrität jederzeit selbst und mit allen erforderlichen Mitteln zu verteidigen, sind die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Neutralität. Eine wehrlose Neutralität ist eine Illusion und eine Einladung an potenzielle Aggressoren. Die Geschichte, insbesondere die Erfahrungen der Schweiz während der beiden Weltkriege, hat eindrücklich gezeigt, dass nur eine starke, kampfbereite Armee in Verbindung mit einer klugen, auf Eigenständigkeit bedachten Diplomatie die Neutralität wirksam schützen kann. Die Abschreckungswirkung einer glaubwürdigen Verteidigungsfähigkeit ist das beste Mittel, um gar nicht erst in einen Konflikt hineingezogen zu werden.

Die Vorteile der Neutralität liegen auf der Hand:

1. **Maximale Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität:** Die Schweiz kann ihre Aussen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik frei von den Zwängen und Verpflichtungen einer Militärallianz gestalten und ausschliesslich an ihren eigenen nationalen Interessen ausrichten.

2. **Schutz vor automatischer Verwicklung in fremde Konflikte:** Die Neutralität bewahrt die Schweiz davor, aufgrund von Bündnisverpflichtungen automatisch in Kriege hineingezogen zu werden, die nicht ihre eigenen sind und ihre Sicherheit nicht direkt bedrohen.
3. **Flexibilität und Handlungsspielraum:** Sie erlaubt es, Beziehungen zu allen Staaten und Akteuren zu unterhalten, was die Basis für eine aktive Rolle als Vermittlerin und Gastgeberin schafft.
4. **Fokus auf die Kernaufgabe:** Sie ermöglicht die Konzentration der knappen Ressourcen auf die ureigenste Aufgabe des Staates: die Sicherstellung der eigenen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit.
5. **Stabilitätsfaktor in Europa:** Eine glaubwürdig neutrale und stabile Schweiz im Herzen Europas kann als Pufferzone und Ort des Dialogs dienen und zur regionalen Stabilität beitragen.

Die **Guten Dienste** der Schweiz umfassen ein breites Spektrum an Aktivitäten, die darauf abzielen, Konflikte zu verhindern, zu deeskalieren oder zu lösen und den Dialog zwischen verfeindeten Parteien zu fördern. Dazu gehören:

- **Vermittlung und Fazilitation:** Die Schweiz kann als neutrale Vermittlerin (Mediatorin) zwischen Konfliktparteien auftreten, um Verhandlungen zu ermöglichen, Kompromisse auszuloten und Friedensabkommen zu erarbeiten. Sie kann auch als Fazilitatorin agieren, indem sie lediglich den Rahmen und die Logistik für Gespräche bereitstellt, ohne sich inhaltlich stark einzumischen.
- **Schutzmachtmandate:** Die Schweiz übernimmt auf Anfrage die diplomatischen und konsularischen Interessen von Staaten in Ländern, mit denen diese keine offiziellen Beziehungen (mehr) unterhalten. Aktuell übt die Schweiz beispielsweise Schutzmachtmandate für die USA im Iran, für Russland in Georgien und umgekehrt sowie für den Iran in Saudi-Arabien und Ägypten aus. Diese Mandate sind ein konkreter Ausdruck der Nützlichkeit der Neutralität und halten wichtige Kommunikationskanäle offen.
- **Förderung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte:** Die Schweiz engagiert sich traditionell stark für die Einhaltung und Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts (Genfer Konventionen) und der Menschenrechte. Diese Aktivitäten sind eng mit ihrer humanitären Tradition und der Rolle des IKRK verbunden und stärken ihre Glaubwürdigkeit als neutraler Akteur, der sich universellen Werten verpflichtet fühlt.

Die Fähigkeit der Schweiz, diese Rolle erfolgreich auszufüllen, hängt jedoch entscheidend von der **Glaubwürdigkeit ihrer Neutralität** ab. Nur wenn die Schweiz von allen Konfliktparteien als strikt unparteiisch, unabhängig und diskret wahrgenommen wird, kann sie das notwendige Vertrauen aufbauen, um als Vermittlerin akzeptiert zu werden. Jede Abweichung von einer konsequenten Neutralitätspolitik, insbesondere die einseitige Parteinahme durch die Übernahme von nicht durch die UNO mandatierten Sanktionen, untergräbt diese Glaubwürdigkeit und schränkt den Handlungsspielraum für Gute Dienste massiv ein. Die Entscheidung des Bundesrates, die EU-Sanktionen gegen Russland zu übernehmen, hat

die Wahrnehmung der Schweiz als neutralen Akteur international beschädigt und ihre Fähigkeit, im Ukraine-Konflikt eine konstruktive Rolle zu spielen, erheblich reduziert.

Die SVP Schweiz bekräftigt die Bedeutung der Guten Dienste als integralen Bestandteil einer auf nationalen Interessen basierenden Aussenpolitik. **Die Rolle als Vermittlerin ist eine Chance, die sich aus der Neutralität ergibt.**

Konsequenzen für die Schweiz

Die aktuelle Debatte um die Neutralität, oft befeuert von Kreisen, die eine stärkere Anlehnung an die EU oder gar die NATO anstreben, darf nicht dazu führen, dieses historisch bewährte und strategisch wertvolle Konzept leichtfertig aufzugeben oder auszuhöhlen. Die Neutralität ist kein Hindernis, sondern ein zentraler Trumpf der Schweiz in einer unsicheren Welt. Sie erfordert jedoch ständige Pflege, eine konsequente Politik der Nichteinmischung und vor allem die Bereitschaft, die eigene Verteidigungsfähigkeit auf einem glaubwürdigen Niveau zu halten. Die bewaffnete Neutralität ist die beste Garantie für eine Zukunft der Schweiz in Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung.

Eine einseitige Anbindung an die NATO widerspricht der Neutralität und macht die Schweiz unberechenbar und abhängig. Die sicherheitspolitische Unabhängigkeit darf nicht durch internationale Bündniszwänge gefährdet werden.

Forderungen der SVP

- Die SVP fordert die immerwährende, bewaffnete Neutralität der Schweiz.
- Die SVP lehnt eine einseitige Anlehnung an die NATO ab; gemeinsame Übungen und Ausbildungen sowie punktuelle Zusammenarbeiten bleiben möglich.
- Die SVP fordert, dass das Angebot Guter Dienste mit Gegenleistungen verknüpft werden, die dem Interesse der Schweiz dienen.
- Die SVP verlangt eine Rückkehr zu einer Politik ohne Übernahme von Sanktionen, die nicht vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen wurden.

1.4 Die Sicherheitspolitik der neutralen Schweiz

Die Sicherheitspolitik der Schweiz basiert auf den Grundpfeilern der Unabhängigkeit, der Souveränität, der Wahrung der territorialen Integrität und der immerwährenden, bewaffneten Neutralität. Ein weiteres zentrales Element ist das Milizsystem, das die Armee tief in der Gesellschaft verankert. Diese Prinzipien sind keine abstrakten Ideale, sondern die Leitlinien für konkretes politisches Handeln in einer unsicheren Welt.

Die Schweiz verfolgt einen **Ansatz der Gesamtverteidigung**, der anerkennt, dass Sicherheit hauptsächlich durch militärische Mittel aber im Verbund mit anderen Elementen sichergestellt wird. Der gesamte Bevölkerungsschutz sowie die Bevölkerung insgesamt, sind auch Bestandteil der Gesamtverteidigung. Die Koordination dieser Elemente ist Teil der zivil- militärischen Zusammenarbeit (ZMZ). Ein koordiniertes Zusammenspiel verschiedener staatlicher Instrumente erforderlich. Dazu gehören:

1. **Diplomatie und Aussenpolitik:** Sie dienen der Wahrung der Interessen der Schweiz, der Pflege bilateraler und multilateraler Beziehungen, der Förderung von Frieden und Stabilität (im Rahmen der Neutralität) und der Prävention von Konflikten. Die Aussenpolitik muss jedoch stets die Neutralität und die nationalen Interessen als oberste Maxime beachten und darf nicht zu einer blossen Anpassung an internationale Trends oder den Druck anderer Staaten führen.
2. **Militärische Verteidigung (Armee):** Die Armee ist das Kerninstrument zur Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität. Sie dient der Abschreckung potenzieller Aggressoren und der Verteidigung des Landes im Ernstfall. Ihre Fähigkeit, diesen Auftrag zu erfüllen («kämpfen können»), ist die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Neutralität und die Wirksamkeit aller anderen sicherheitspolitischen Instrumente. Sie ist die letzte strategische Reserve des Landes.
3. **Nachrichtendienste (NDB und MND):** Sie sind für die Früherkennung von Bedrohungen, die Lagebeurteilung und die Spionageabwehr zuständig. Sie liefern die Informationsgrundlage für sicherheitspolitische Entscheidungen und müssen entsprechend gestärkt werden.
4. **Wirtschaftliche Landesversorgung:** Die Sicherstellung der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern (Energie, Nahrungsmittel, Medikamente etc.) auch in Krisenzeiten ist ein zentraler Aspekt der Resilienz und Unabhängigkeit. Strategische Reserven und die Reduktion kritischer Abhängigkeiten sind hier entscheidend.
5. **Cyber-Sicherheit:** Der Schutz vor Angriffen im Cyberraum erfordert ein Zusammenspiel von staatlichen Stellen (Bundesamt für Cybersicherheit, Armee, NDB), Wirtschaft und Forschung. Die Abwehrfähigkeit muss kontinuierlich ausgebaut werden.
6. **Polizeiliche Sicherheit:** Die Kantonspolizeien und Bundesbehörden (fedpol) im Rahmen des Sicherheitsverbundes Schweiz sind für die innere Sicherheit, die Kriminalitätsbekämpfung und den Schutz vor Terrorismus zuständig.
7. **Bevölkerungsschutz und allgemeine Bevölkerung sowie Blaublichtorganisationen:** Im Sinne einer umfassenden Verteidigungsidee sind auch die zivilen Mittel einzusetzen, um die Sicherheit der Bevölkerung im Inland zu gewährleisten.

Eine glaubwürdige Sicherheitspolitik erfordert eine **adäquate finanzielle Priorisierung**. Die jahrzehntelange Unterfinanzierung, insbesondere der Armee, unter dem Eindruck einer vermeintlichen «Friedensdividende» hat zu gefährlichen Fähigkeitslücken geführt. Die Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz haben oberste Priorität und müssen entsprechend mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Die Investition in die eigene Sicherheit ist keine Ausgabe, sondern eine notwendige Versicherung für die Zukunft des Landes.

Konsequenzen für die Schweiz

Die Schweiz muss zurück zum Ansatz der Gesamtverteidigung finden. Sie ist ein umfassendes Konzept, das die Verteidigung des Landes durch die Abstimmung von militärischen, zivilen und wirtschaftlichen Massnahmen gewährleistet. Der Grundgedanke ist, dass die Stärke der Schweiz in der Fähigkeit liegt, alle staatlichen und gesellschaftlichen Mittel für eine ganzheitliche Verteidigung zu koordinieren.

Eine wichtige Voraussetzung für diese Koordination und Verzahnung ist das Milizprinzip. Es gewährleistet die Übertragung der Fähigkeiten vom Zivilen ins Militärische; es erlaubt eine Kombination von Rollen und Interessen und es ermöglicht mehr Schnittstellen, die gerade für eine Kombination und Koordination unerlässlich sind.

Die Gesamtverteidigung integriert Aussen- und Innenpolitik und erfordert zivil-militärische Zusammenarbeit. Eine Gesamtverteidigung braucht eine Armee, die kämpfen kann und entsprechend ausgerüstet, finanziert und einsatzbereit ist. Der Nachrichtendienst, die Polizeien, der Zivilschutz, die wirtschaftliche Landesversorgung sowie die Cyber-Abwehr gehören zum Ansatz selbstverständlich dazu.

Forderungen der SVP

- Die SVP fordert die Verankerung der Gesamtverteidigung in der Sicherheitspolitik der Schweiz.
- Die SVP sieht die Miliz als integralen Teil dieses Ansatzes, welche sowohl in der Armee als auch in anderen Organisationen mit dem Verteidigungsauftrag zu stärken ist.
- Die SVP verlangt eine Armee, die «kämpfen können» muss, also vollständig ausgerüstet, finanziert, ausgebildet und einsatzbereit ist.

Teil 2: Instrumente und Handlungsbedarf der Schweizer Sicherheitspolitik

2.1 Funktionen, Aufgaben und Ziele der Sicherheitspolitik der Schweiz

Die Grundlage für die Aufgaben und Ziele der Schweizer Armee und damit des Kerns der Sicherheitspolitik bildet Artikel 58 der Bundesverfassung (BV). Dieser Artikel legt unmissverständlich fest:

- Absatz 1: "Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert."
- Absatz 2: "Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung und unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit sowie bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen."

Aus diesem Verfassungsauftrag leiten sich die drei Hauptaufgaben der Armee ab, die oft mit den Schlagworten «Kämpfen», «Schützen» und «Helfen» umschrieben werden:

1. **Kriegsverhinderung, Friedenserhaltung und Verteidigung («Kämpfen»):** Dies ist der primäre und grundlegendste Auftrag der Armee. Er umfasst die glaubwürdige Abschreckung eines potenziellen militärischen Angreifers und die Fähigkeit, im Ernstfall das schweizerische Territorium und seine Bevölkerung wirksam zu verteidigen. Nur eine Armee, die tatsächlich kämpfen kann, kann Kriege verhindern und die Unabhängigkeit des Landes sichern. Die Verteidigungsfähigkeit ist die Grundlage für die Glaubwürdigkeit der Neutralität und die Voraussetzung für die Erfüllung der anderen Aufgaben.
2. **Unterstützung der zivilen Behörden bei schwerwiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit («Schützen»):** Dies umfasst subsidiäre Einsätze zur Unterstützung der Polizei bei Grossereignissen, zum Schutz kritischer Infrastrukturen oder bei terroristischen Bedrohungen, wenn die zivilen Mittel nicht ausreichen. Diese Aufgabe ist wichtig, darf aber nicht dazu führen, dass die Armee primär als Hilfspolizei wahrgenommen oder ausgerüstet wird.
3. **Unterstützung der zivilen Behörden bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen («Helfen»):** Hierzu zählen Katastrophenhilfe-Einsätze im In- und Ausland (z.B. bei Naturkatastrophen). Auch diese Aufgabe ist Ausdruck der Solidarität und der breiten Fähigkeiten der Armee, darf aber ebenfalls nicht den Kernauftrag der Verteidigung beeinträchtigen.

Die SVP Schweiz betont die klare **Priorisierung dieser Aufgaben gemäss Verfassungstext**: An erster Stelle steht die Verteidigungsfähigkeit («Kämpfen»). In den letzten Jahrzehnten wurde dieser Kernauftrag jedoch sträflich vernachlässigt und auf einen blossen «Kompetenzerhalt» reduziert. Die Armee musste offiziell nicht mehr verteidigen können, sondern nur noch wissen, wie es theoretisch ginge. Dies ist angesichts der veränderten geopolitischen Lage nicht haltbar und widerspricht dem Geist und Buchstaben der Verfassung. Das «Kämpfen» muss wie-

der ins Zentrum aller Anstrengungen rücken – bei der Ausbildung, der Ausrüstung, der Doktrin und der Sinnstiftung für die Armeeangehörigen.

Aus dem Verfassungsauftrag und der Analyse der geopolitischen Lage ergeben sich die **strategischen Ziele** der Schweizer Sicherheitspolitik:

- **Wahrung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität:** Sicherstellung der Souveränität der Schweiz und Schutz ihres Territoriums vor jeglicher äusseren Einmischung oder Aggression.
- **Glaubwürdige Abschreckung:** Potenzielle Gegner müssen davon überzeugt sein, dass ein Angriff auf die Schweiz mit unannehmbar hohen Kosten und Risiken verbunden wäre.
- **Schutz der Bevölkerung und der Lebensgrundlagen:** Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in der Schweiz und Schutz der für das Funktionieren von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlichen Infrastrukturen.
- **Sicherstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit:** Der Staat muss auch in Krisen- und Konfliktlagen seine Aufgaben erfüllen und Entscheidungen treffen können.

Diese Ziele erfordern eine Armee, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern tatsächlich in der Lage ist, einen modernen, hochintensiven Verteidigungskampf über längere Zeit zu führen. Die Ausrichtung der Sicherheitspolitik und insbesondere der Armee muss sich an diesen Zielen und den real existierenden Bedrohungen orientieren, nicht an Wunschdenken oder finanzpolitischen Opportunitäten.

Konsequenzen für die Schweiz

Die Armee wurde lange vernachlässigt. Der Irrglaube an eine «Friedensdividende» hat dazu geführt, dass sie das Kämpfen verlernt hat. Diese Kernkompetenz ist wieder zu erlangen und auf- resp. auszubauen. Wichtig ist, dass die Armee ihrem Verfassungsauftrag entsprechen kann und als Hauptinstrument der Schweizer Sicherheitspolitik ihre strategischen Ziele erfüllen kann.

Gerade deshalb ist eine einsatzfähige Milizarmee wichtig. Je stärker diese Armee in der Bevölkerung fundiert ist, desto besser kann sie abschrecken. Eine so verankerte Armee muss vor allem im Inland im Sinne der Gesamtverteidigung interoperabel sein.

Forderungen der SVP

- Die SVP will eine Armee, die gemäss Verfassungsauftrag kämpfen kann.
- Die SVP verlangt die Ausrichtung der Ziele, Mittel und Verfahren der Armee auf die Erfüllung ihrer strategischen Ziele.
- Die SVP verlangt eine Armee, die sich auf die gefährlichsten Bedrohungsszenarien ausrichtet, nicht die einfachsten.

2.2 Eine Armee, die kämpfen kann

Nur eine Armee, die tatsächlich «kämpfen kann», verleiht der Neutralität Glaubwürdigkeit und stellt sicher, dass die Schweiz ihre Unabhängigkeit und Souverä-

nität wahren kann. Das primäre Ziel muss daher sein, die Armee wieder so auszurüsten und auszubilden, dass sie ihren Kernauftrag – die Verteidigung des Landes und seiner Bevölkerung – erfüllen kann.

Die Abschreckungswirkung einer Armee beruht nicht auf ihrer Grösse allein, sondern auf der glaubhaften Fähigkeit, einem potenziellen Aggressor einen inakzeptabel hohen Preis für einen Angriff aufzuzwingen. Dies erfordert moderne Waffensysteme, eine robuste Logistik, gut ausgebildete und motivierte Soldaten sowie eine klare, auf Verteidigung ausgerichtete Doktrin.

Das **Milizprinzip** ist dabei ein zentrales Element der Schweizer Armee und ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Es bringt wertvolles ziviles Wissen in die Armee ein und sorgt für eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Schweizer Armee muss rasch **modernisiert und gestärkt** werden, um den Anforderungen moderner Kriegsführung gerecht zu werden. Dazu gehören eine bessere Ausrüstung, realistischere Übungen, eine höhere Wertschätzung des Milizdienstes in der Gesellschaft und bei Arbeitgebern sowie möglicherweise flexiblere Dienstmodelle, ohne jedoch die Wehrpflicht als Grundpfeiler in Frage zu stellen.

Das **Fähigkeitsprofil** einer Armee, die kämpfen kann, muss umfassend sein:

1. **Kampf der verbundenen Waffen:** Die Armee muss in der Lage sein, verschiedene Truppengattungen (Infanterie, Panzertruppen, Artillerie, Luftwaffe, Genietruppen – selbstverständlich mit den entsprechenden Konsequenzen für Logistik und Führungsunterstützung etwa) koordiniert und synchronisiert einzusetzen, um maximale Wirkung zu erzielen. Dies erfordert intensive gemeinsame Ausbildung und Übungen auf allen Stufen.
2. **Operationen in allen Dimensionen:** Moderne Konflikte werden nicht nur an Land und in der Luft, sondern auch im Cyberraum und im Informationsraum (Propaganda, Desinformation) ausgetragen. Auch die Nachrichtenbeschaffung aus dem Weltraum spielt eine zunehmende Rolle. Die Armee muss in all diesen Dimensionen handlungsfähig sein und sich wirksam schützen können.
3. **Durchhaltefähigkeit:** Ein Verteidigungskampf kann Wochen oder Monate dauern. Die Armee muss über ausreichende Reserven an Personal, Material, Munition und Betriebsstoffen verfügen, um über längere Zeit einsatzfähig zu bleiben. Die Logistik muss robust und resilient sein, um die Versorgung auch unter Feindeinwirkung sicherzustellen.

Die **Lehren aus den aktuellen kämpferischen Handlungen weltweit** sind für die Schweiz von grosser Bedeutung und bestätigen viele klassische militärische Prinzipien, die in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt wurden:

- Die Bedeutung von **Masse und Kampfkraft am Boden** (mechanisierte Verbände, Panzer) bleibt zentral. Nur mechanisierte Verbände sind in der Lage, verlorengegangenes Gelände zurückzugewinnen.
- **Artillerie** ist entscheidend für die Feuerüberlegenheit und die Gestaltung des Gefechtsfelds.

- Eine leistungsfähige, mehrschichtige **Luftverteidigung** ist unerlässlich, um die Gestaltungsfreiheit der eigenen Truppen zu wahren und eigene Kräfte sowie kritische Infrastruktur zu schützen.
- **Drohnen** spielen eine immer wichtigere Rolle in der Aufklärung, Zielbekämpfung und elektronischen Kriegsführung.
- **Logistik und Führungsfähigkeit** sind kritische Erfolgsfaktoren; ihre Störung kann ganze Operationen lähmen.
- Der **Informationskrieg** und die **Cyber-Abwehr** sind integraler Bestandteil moderner Konflikte.
- Der **Verbrauch an Munition und Material** ist in hochintensiven Konflikten enorm und erfordert grosse Reserven.

Konsequenzen für die Schweiz

Das Fähigkeitsprofil und die Lehren aus den bewaffneten Konflikten müssen konsequent in die Planung, Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee einfließen.

Schliesslich benötigt die Armee eine klare, auf die Verteidigung des Landes ausgerichtete **Doktrin**. Diese muss definieren, wie die Armee im Ernstfall kämpfen will, welche Fähigkeiten priorisiert werden und wie die verschiedenen Instrumente zusammenspielen. Sie muss realistisch sein, die spezifischen Gegebenheiten der Schweiz berücksichtigen und allen Armeeangehörigen als Richtschnur dienen. Die Doktrin muss den Verteidigungswillen der Schweiz unmissverständlich zum Ausdruck bringen.

Forderungen der SVP

- Die SVP fordert eine Doktrin, welche den Kampf der verbundenen Waffen, die Operationen in allen Dimensionen und die Durchhaltefähigkeit der Armee sicherstellt.
- Die SVP will eine Doktrin und Organisation der Schweizer Armee, welche adäquat die Lehren aus den aktuellen bewaffneten Konflikten berücksichtigt und Erkenntnisse umsetzt.
- Die SVP verlangt eine Armee mit klarem Fähigkeitsprofil und Organisation (Ordre de Bataille).

2.3 Dringender Handlungsbedarf der Armee

Die schonungslose Analyse der aktuellen Lage ist ernüchternd: Die Schweizer Armee hat in den letzten Jahrzehnten massiv an Substanz und Fähigkeit zur Landesverteidigung verloren. Dies ist keine blosser Behauptung, sondern wurde von der Armeeführung selbst im Bericht «Die Verteidigungsfähigkeit stärken» (August 2023) eingestanden.

Die Reduktion des Auftrags auf einen blossen «Kompetenzerhalt» nach der Armee XXI hat dazu geführt, dass die Armee ihren Kernauftrag gemäss Verfassung – die Verteidigung des Landes – heute nicht mehr erfüllen kann. Gemäss Aussagen des Chefs der Armee wäre die Durchhaltefähigkeit im Ernstfall auf wenige

Wochen beschränkt. Dies ist ein alarmierender Zustand, der angesichts der geopolitischen Instabilität sofortiges und umfassendes Handeln erfordert.

Die Defizite sind vielfältig und betreffen alle Bereiche:

1. Finanzierung: Während die Schweiz 1985 noch fast 2% ihres Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Verteidigung ausgab, sank dieser Wert auf einen Tiefpunkt von 0,63% im Jahr 2014. Selbst das aktuelle Ziel, die Ausgaben bis 2032 schrittweise auf 1% des BIP zu erhöhen, ist völlig unzureichend und kommt zu spät. Der vom Bundesrat angestrebte Zeithorizont bis 2035 ist inakzeptabel.

Die SVP fordert eine rasche Erhöhung auf **mindestens 1% des BIP bis spätestens 2030**, wobei dieser Wert keine Obergrenze darstellen darf. Die Sicherheit der Schweiz muss uns bei Bedarf auch deutlich mehr wert sein, insbesondere im Vergleich zu den explodierenden Ausgaben in anderen Bereichen wie dem Sozialwesen. Die zusätzlichen Mittel müssen prioritär in die Beschaffung moderner Rüstungsgüter und die Sanierung/den Ausbau der militärischen Infrastruktur fliessen, nicht in einen aufgeblähten Verwaltungsapparat.

Wer dauerhaft in der Schweiz lebt, von ihrer Sicherheit profitiert, aber keinen Wehrdienst leistet, soll sich finanziell an der Landesverteidigung beteiligen. Die SVP fordert daher die Einführung einer Wehrpflichtersatzabgabe für ausländische Staatsangehörige. Diese Massnahme entspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung und Eigenverantwortung und stärkt gleichzeitig die Finanzierung der Armee.

2. Ausrüstung und Modernisierung: Der materielle Zustand der Armee ist in vielen Bereichen besorgniserregend. Veraltete Systeme, unzureichende Stückzahlen und gravierende Fähigkeitslücken prägen das Bild. Aktuelle bewaffnete Konflikte haben die Notwendigkeit moderner, robuster Systeme für einen hochintensiven Kampf unterstrichen. Konkreter Handlungsbedarf besteht insbesondere bei:

- **Infanterie:** Sie muss wieder für den Verteidigungskampf ausgerüstet werden, u.a. mit modernen Panzerabwehrwaffen, Nachtsichtgeräten und geschützten Transportfahrzeugen.
- **Mechanisierte Truppen:** Alle drei Brigaden müssen vollständig mit modernen Kampfpanzern (Leopard 2 AWEV), Schützenpanzern und moderner Artillerie (siehe unten) ausgerüstet werden. Die Idee, eine Brigade aufzulösen, ist abzulehnen.
- **Artillerie:** Die veralteten Panzerhaubitzen müssen dringend im Verhältnis 1:1 durch ein System mit mittlerer Reichweite (50-70 km) und intelligenter Munition ersetzt werden. Die Fähigkeit, Ziele in grösserer Entfernung zu treffen, erfordert den Aufbau von Raketenartillerie-truppen..
- **Luftwaffe:** Die Beschaffung von 36 F-35A ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die beschlossene erste Tranche ist ohne Abstriche verzugslos zu beschaffen. Eine zweite Tranche ist für die 2030er-Jahre zu planen. Die Weiterentwicklung der Fähigkeiten zur Luftnahunterstützung und für bewaffnete Drohnen ist nötig.

- **Bodengestützte Luftverteidigung (BODLUV):** Die beschafften Patriot-Systeme decken nur einen Teil des Bedarfs ab. Es braucht dringend zusätzliche Systeme mittlerer und kurzer Reichweite, auch zur Drohnenabwehr, um einen glaubwürdigen Schutz von Truppen und Infrastruktur zu gewährleisten.
- **Führungsunterstützung:** Moderne, geschützte und cyber-resistente Kommunikations- und Führungssysteme sind essenziell.
- **Logistik:** Die Logistik muss auf Kriegserfordernisse ausgerichtet werden (Einführung mechanisierter Logistikeinheiten, gehärtete Infrastruktur, Dezentralisierung, ausreichende Bestände an Ersatzteilen, Treibstoff etc.).
- **Munition und Durchhaltefähigkeit:** Die Munitionsbestände, insbesondere bei Lenk Waffen und Artilleriemunition, sind massiv zu erhöhen, um eine Durchhaltefähigkeit von mehreren Monaten zu erreichen.
- **Infrastruktur:** Der Verkauf von Militärliegenschaften muss gestoppt werden. Eine umfassende Immobilienstrategie ist nötig, um Sanierungsbedarf zu decken und die Infrastruktur (Kasernen, Bunker, Flugplätze, Schiessplätze) an die Erfordernisse anzupassen.
- **Beschaffungskonzept:** Es braucht eine Vorstellung und Planung dessen, was die Schweiz selbst beschaffen muss, was sie an Lager halten will und von welchen Partnern sie beschaffen will.

3. Personal und Ausbildung: Der Sollbestand von 100'000 Armeeangehörigen ist ungenügend, um alle Aufgaben zu erfüllen und die notwendige Durchhaltefähigkeit zu gewährleisten. Die SVP fordert in der kurzen Frist eine **Erhöhung auf mindestens 120'000 Armeeangehörige**. In der mittleren Sicht ist ein **Bestand von 200'000 Armeeangehörige notwendig, damit die Armee ihre Leistungen glaubwürdig erbringen kann**. Gleichzeitig muss die Alimentierung sichergestellt werden und deshalb muss das Dienstleistungsmodell angepasst werden, damit die Armee wieder eine Priorität wird.

Die Ausbildung muss konsequent auf den Verteidigungsauftrag ausgerichtet werden, was realistischere Übungen, mehr Schiessausbildung und die Fähigkeit zum Kampf der verbundenen Waffen erfordert. Die notwendigen Ausbildungsplätze und Simulatoren sind bereitzustellen.

Der Zivildienst ist zu attraktiv geworden und entzieht der Armee dringend benötigtes Personal. Die **Wiedereinführung einer echten Gewissensprüfung** und die Beschränkung des Übertritts auf die Zeit vor der Rekrutenschule sind unumgänglich.

4. Struktur: Die aktuelle Struktur mit drei mechanisierten Brigaden und vier Territorialdivisionen ist grundsätzlich beizubehalten, aber die Verbände müssen vollständig ausgerüstet und befähigt werden, den Kampf der verbundenen Waffen zu führen. Die Territorialdivisionen benötigen Verstärkung durch Artillerie und mechanisierte Infanterie.

5. Resilienz: Um die Resilienz im Krisenfall zu stärken, fordert die SVP eine verstärkte Förderung der dezentralen Versorgungssicherheit. Dazu gehören Pflichtlagerhaltung für Privathaushalte (Notvorrat), Investitionen in lokale Notstromver-

sorgung und die Modernisierung der Zivilschutzinfrastruktur. Die Versorgung mit essenziellen Gütern ist zentral. Hier sind wichtige Änderungen vorzunehmen:

- die Energieunabhängigkeit des Landes muss gewährleistet werden.
- der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln ist von heute unter 50% auf 60% zu erhöhen
- die Pflichtlagerhaltung wichtigen Güter (Grundnahrungsmittel, Energie, Medikamente) ist auf mind. 1 Jahr zu erhöhen
- der Schutz der Schweizer Wasserreserven muss gestärkt werden.

Die Eigenverantwortung der Bevölkerung soll aktiv gefördert und als Teil der nationalen Sicherheitskultur etabliert werden. Selbstverständlich betrifft dieser Bereich auch die Bevölkerung und damit den Bevölkerungsschutz und die Blaulichtorganisationen.

Konsequenzen für die Schweiz

Heute ist die Armee nicht einsatzfähig. Das ist der Öffentlichkeit bewusst und damit ist sie auch nicht mehr dissuasiv. Eine Armee, die nicht kämpfen kann, ist eine Verletzung der bewaffneten Neutralität und damit der schweizerischen Ausen- und Sicherheitspolitik. Die Kampf- und Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee muss unbedingt wieder hergestellt werden.

Doch nicht nur die Armee ist geschwächt. Auch andere Elemente, die zur Gesamtverteidigung gehören, müssen gestärkt werden. Es ist absolut prioritär, den dringenden Reformbedarf der Schweizer Armee in den nächsten fünf Jahren in den Griff zu bekommen.

Forderungen der SVP

- Die SVP fordert eine rasche Erhöhung der Finanzmittel für die Armee auf mindestens 1% des BIP bis spätestens 2030.
- Die SVP verlangt die Einführung einer Wehrpflichtersatzabgabe für ausländische Staatsangehörige.
- Die SVP will die Ausrüstung und Modernisierung verschiedener Truppen bis zum Jahr 2030. Die Ausrüstung ist zu komplettieren und wo nötig zu ersetzen.
- Die SVP fordert eine Erhöhung des Gesamtpersonalbestands der Armee und die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für den Zivildienst.
- Die SVP verlangt die Stärkung der dezentralen Versorgungssicherheit inklusive Pflichtlagerhaltung und Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln zur Erhöhung der Resilienz der Schweiz.

2.4 Reformbedarf des VBS

Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Schweiz erfordert nicht nur mehr finanzielle Mittel und eine moderne Ausrüstung der Armee, sondern auch strukturelle Anpassungen und Reformen innerhalb des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) selbst. Die aktuelle Orga-

nisation und Führung des Departements werden den sicherheitspolitischen Herausforderungen nur ungenügend gerecht.

Ein zentraler Kritikpunkt der SVP betrifft die Schaffung des **Staatssekretariats für Sicherheitspolitik (SEPOS)**. Diese neue Struktur, die angeblich eine kohärente Sicherheitspolitik gewährleisten soll, birgt erhebliche Gefahren:

1. **Verwässerung der militärischen Führung:** Das SEPOS schafft eine zusätzliche zivile Führungsebene neben der militärischen Armeeführung. Dies führt zu unklaren Zuständigkeiten, Kompetenzkonflikten und einer potenziellen Politisierung rein militärischer Fragen. Sicherheitspolitik darf nicht von Diplomaten und zivilen Bürokraten dominiert werden, die oft wenig Verständnis für militärische Notwendigkeiten haben.
2. **Gefahr der Abhängigkeit und Neutralitätsaushöhlung:** Das SEPOS ist stark auf internationale Kooperation und die Einbindung in internationale Gremien ausgerichtet. Dies birgt die Gefahr, dass die Schweiz schleichend in ausländische sicherheitspolitische Strukturen integriert wird und ihre Neutralität sowie ihre souveräne Entscheidungsfähigkeit untergraben werden. Die Ausrichtung auf internationale Zusammenarbeit darf nicht zur Vernachlässigung der eigenständigen Verteidigungsfähigkeit führen.

Ebenso ist die **heutige Rolle vom Chef der Armee CdA** zu überprüfen. Es ist dabei zu bewerten, ob die ursprünglich gestellten Erwartungen an diese Stelle erfüllt sind. Es sind verschiedene Alternativszenarien zu überprüfen, etwa mit der Wiedereinführung der Stellung des Generalstabschefs. Teil dieser Überprüfung sollte auch die Einführung einer Kommission für militärische Landesverteidigung KMLV. In dieser wären alle wichtigen Kommandanten (Generalstabschef, Kommandant Heer, Kommandant Luftwaffe, Chef Kommando Cyber, Chef Logistikbasis der Armee, Rüstungschef, Chef Armeestab) vertreten. Das verbessert den Einbezug der militärischen Experten und eine Koordinierte Rüstungsplanung und -beschaffung.

Ein weiteres Defizit ist das Fehlen einer **umfassenden, strategischen Grundlage für die Armeeentwicklung**. Es mangelt an einem integralen Armeebericht, der die langfristige Ausrichtung der Armee als Gesamtsystem definiert und die Entwicklung der verschiedenen Teilstreitkräfte und Fähigkeiten aufeinander abstimmt. Stattdessen wird oft in einzelnen Projekten und Insellösungen gedacht, ohne das grosse Ganze im Blick zu haben. Dies führt zu Ineffizienz und potenziellen Fehlinvestitionen. Ob das sogenannte Schwarzbuch auch nach der Einführung des SEPOS Bestand hat, ist eine offene Frage.

Auch die **Beschaffungsstrategie – und -prozesse im VBS** müssen dringend reformiert werden. Sie sind oft langwierig, bürokratisch und intransparent. Entscheidungen scheinen teilweise eher von politischen Opportunitäten oder Budgetvorgaben als von klaren militärischen Bedürfnissen getrieben zu sein. Es braucht effizientere, transparentere und stärker auf den militärischen Bedarf fokussierte Beschaffungsverfahren, um die Armee rasch und wirksam modernisieren zu können. Das **Debakel mit der Beschaffung des F-35 Kampffjets** zeugt vom Verbesserungspotenzial in diesem Bereich.

Schliesslich bedarf es einer **Veränderung der Führungskultur im VBS**. Die militärische Expertise muss wieder stärker gewichtet werden. Die Verantwortung für militärische Entscheide muss klar und unteilbar bei der militärischen Führung liegen. Eine Kultur der offenen Debatte über militärische Fragen, aber auch der klaren Entscheidung und Umsetzung ist notwendig.

Konsequenzen für die Schweiz

Die Reform des VBS ist kein Selbstzweck, sondern eine notwendige Voraussetzung, um die Armee wieder zu einem schlagkräftigen Instrument der Landesverteidigung zu machen. Nur ein effizient geführtes und klar auf seinen Kernauftrag fokussiertes Departement kann die anstehenden Herausforderungen meistern.

Forderungen der SVP

- Die SVP fordert die Abschaffung des Staatssekretariats für Sicherheitspolitik.
- Die SVP verlangt Beschaffungsprozesse im VBS, die effizient, schnell und transparent sind.
- Die SVP will den stärkeren Einbezug der militärischen Expertise in die Führung des VBS.
- Die SVP fordert eine Überprüfung der Rolle des Chefs der Armee CdA. Dabei sind mehrere Varianten zu analysieren, inklusive die Schaffung einer Kommission für militärische Landesverteidigung mit den wichtigsten Kommandanten.

2.5 Eine starke Rüstungsindustrie

Eine glaubwürdige bewaffnete Neutralität und eine eigenständige Verteidigungsfähigkeit sind ohne eine leistungsfähige einheimische Rüstungsindustrie nicht denkbar. Die Schweiz darf sich bei Schlüsseltechnologien und essenziellen Gütern wie Munition nicht vollständig vom Ausland abhängig machen. Eine starke industrielle und technologische Basis im Rüstungsbereich (STIB) ist daher von strategischer Bedeutung für die nationale Sicherheit und Souveränität.

Die Schweizer Rüstungsindustrie, einschliesslich staatlicher Betriebe wie der RUAG MRO und privater Unternehmen, erfüllt mehrere wichtige Funktionen:

1. **Versorgungssicherheit:** Sie gewährleistet die Versorgung der Armee mit spezifischem Material, Munition, Ersatzteilen und Wartungsdienstleistungen, auch in Krisenzeiten, wenn internationale Lieferketten unterbrochen oder politisch blockiert sein könnten. Dies reduziert kritische Abhängigkeiten vom Ausland.
2. **Know-how-Erhalt und Innovation:** Sie erhält und entwickelt militärtechnologisches Wissen und Fähigkeiten in der Schweiz. Dies ist wichtig, um die Bedürfnisse der Armee zu verstehen, Beschaffungen kompetent zu begleiten und Systeme über ihren Lebenszyklus anzupassen und zu modernisieren. Die Rüstungsindustrie ist oft auch ein Treiber für technologische Innovationen, die zivil genutzt werden können (Spin-offs).
3. **Anpassung an spezifische Bedürfnisse:** Eine einheimische Industrie kann Systeme und Ausrüstungen entwickeln oder anpassen, die spezifisch auf die

topografischen und doktrinären Bedürfnisse der Schweizer Armee zugeschnitten sind.

4. **Wirtschaftlicher Faktor:** Die Rüstungsindustrie ist ein relevanter Wirtschaftszweig, der qualifizierte Arbeitsplätze schafft (laut Swissmem rund 14'000) und eine erhebliche Wertschöpfung generiert (ca. 2.3 Mrd. CHF jährlich). Sie trägt zur technologischen Kompetenz des Industriestandorts Schweiz bei.

Diese strategische Bedeutung steht jedoch vor grossen Herausforderungen:

- **Kosten:** Die Entwicklung und Produktion moderner Rüstungsgüter sind extrem teuer. Für eine kleine Armee wie die der Schweiz sind die Stückzahlen oft zu gering, um eine wirtschaftliche Produktion allein für den Heimmarkt zu ermöglichen.
- **Internationale Konkurrenz:** Die Schweizer Industrie konkurriert mit grossen internationalen Rüstungskonzernen, die oft von Skaleneffekten und staatlicher Unterstützung profitieren.
- **Exportbeschränkungen (Kriegsmaterialgesetz):** Ohne Exporte ist die Aufrechterhaltung einer breiten industriellen Basis und die Finanzierung von Forschung und Entwicklung kaum möglich.

Konsequenzen für die Schweiz

Eine starke, innovative und international konkurrenzfähige Rüstungsindustrie ist kein Selbstzweck, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil einer glaubwürdigen Schweizer Sicherheitspolitik und der Sicherung unserer Unabhängigkeit.

Forderungen der SVP

- **Strategische Beschaffungen:** Bei Rüstungsbeschaffungen muss der strategischen Bedeutung der einheimischen Industrie Rechnung getragen werden. Wo immer möglich und wirtschaftlich vertretbar, sollen Aufträge an Schweizer Unternehmen vergeben werden, um ausgewählte Schlüsseltechnologien und einige Produktionskapazitäten im Land zu halten.
- **Klare Rahmenbedingungen für Exporte:** Das Kriegsmaterialgesetz muss so angepasst werden, dass es Exporte unter klaren, aber pragmatischen Kriterien ermöglicht, die sowohl den Sicherheitsinteressen der Schweiz als auch den Grundsätzen der Neutralität und des humanitären Völkerrechts Rechnung tragen.
- **Förderung von Forschung und Entwicklung:** Gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung im Rüstungsbereich, um technologische Kompetenzen zu erhalten und Innovationen zu ermöglichen im Rahmen der fokussierten strategischen Interessen der Schweiz.
- **Langfristige Planungssicherheit:** Die Industrie benötigt langfristige Planungssicherheit durch eine verlässliche Finanzierung der Armee und klare strategische Vorgaben.

- Die SVP anerkennt das **liberale Waffenrecht als elementaren Bestandteil der schweizerischen Sicherheitskultur**. Eine bewaffnete Bürgerschaft ist Ausdruck von Wehrwille und Eigenverantwortung. Bürokratische Einschränkungen und europarechtliche Verschärfungen lehnt die SVP ab. Die Entwaffnung der gesetzestreuen Bürger ist sicherheitspolitisch kontraproduktiv und ideologisch motiviert.

2.6 Ein guter Nachrichtendienst

In einer Welt wachsender geopolitischer Spannungen, hybrider Bedrohungen und technologischer Umbrüche sind leistungsfähige Nachrichtendienste für einen neutralen Staat wie die Schweiz unverzichtbar. Sie bilden das Frühwarnsystem der Nation, liefern die entscheidenden Informationen für eine souveräne Lagebeurteilung und ermöglichen es der politischen Führung, fundierte sicherheitspolitische Entscheidungen zu treffen.

Die Schweiz verfügt mit dem **Nachrichtendienst des Bundes (NDB)** und dem **Militärischen Nachrichtendienst (MND)** über eine bewährte duale Struktur, die unterschiedliche, sich aber ergänzende Aufgaben wahrnimmt:

- **NDB:** Als ziviler Dienst ist er primär für die Früherkennung und Bekämpfung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, Spionage (politisch, wirtschaftlich), Proliferation (Verbreitung von Massenvernichtungswaffen) und Angriffen auf kritische Infrastrukturen zuständig. Er beobachtet und analysiert sicherheitspolitisch relevante Vorgänge im Ausland und im Inland.
- **MND:** Als Teil der Armee konzentriert er sich auf die Beschaffung und Auswertung von Informationen mit militärischer Relevanz. Er analysiert fremde Streitkräfte, deren Fähigkeiten, Doktrinen und Absichten, beobachtet militärische Konflikte weltweit und leitet daraus Konsequenzen für die Planung und Ausrichtung der Schweizer Armee ab. Der Dienst für präventiven Schutz der Armee (DPSA) ist ebenfalls Teil des MND und schützt die Armee vor feindlicher Aufklärung.

Diese duale Struktur ermöglicht eine Spezialisierung und Fokussierung, erfordert aber auch eine enge Koordination und einen reibungslosen Informationsaustausch zwischen NDB und MND sowie mit anderen sicherheitspolitischen Akteuren (Armee, Polizei, Grenzschutz etc.).

Trotz der anerkannten Professionalität beider Dienste besteht dringender **Handlungsbedarf**, um den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden:

1. **Technologische Modernisierung:** Die Nachrichtendienste müssen technologisch auf dem neuesten Stand sein, um relevante Informationen beschaffen und auswerten zu können. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Cyber Intelligence (CYINT), Signals Intelligence (SIGINT), Open Source Intelligence (OSINT) und die Fähigkeit zur Analyse grosser Datenmengen (Big Data).
2. **Stärkung der Spionageabwehr:** Angesichts der zunehmenden Spionageaktivitäten fremder Mächte in der Schweiz muss die Spionageabwehr (insbesondere durch den NDB) personell und technisch gestärkt werden. Dies betrifft

den Schutz von politischen Institutionen, internationalen Organisationen, der Wirtschaft (Know-how-Schutz) und militärischer Geheimnisse.

3. **Ausbau der strategischen Aufklärung:** Die Schweiz muss ihre Fähigkeit zur eigenständigen strategischen Aufklärung ausbauen, um nicht ausschliesslich auf Informationen ausländischer Partner angewiesen zu sein. Dies könnte die Mitnutzung oder den Aufbau eigener weltraumgestützter Systeme (Satellitenaufklärung) in Kooperation mit der Industrie und Hochschulen umfassen.
4. **MND als Lerninstanz für die Armee:** Der MND spielt eine entscheidende Rolle beim Lernen aus aktuellen Konflikten. Da die Schweizer Armee keine eigene Kampferfahrung sammelt und der Wissensaustausch mit anderen Armeen begrenzt ist, muss der MND befähigt werden, Konflikte detailliert zu analysieren und daraus konkrete Lehren für Doktrin, Ausbildung und Ausrüstung der Schweizer Armee abzuleiten.
5. **Klare rechtliche Grundlagen und Kontrolle:** Die Nachrichtendienste benötigen klare und moderne rechtliche Grundlagen (Nachrichtendienstgesetz), die ihnen die notwendigen Befugnisse zur Informationsbeschaffung geben, gleichzeitig aber die Grundrechte wahren und eine wirksame parlamentarische und unabhängige Kontrolle sicherstellen.

Konsequenzen für die Schweiz

Ohne gute Nachrichtendienste agiert ein Staat blind und wird zum Spielball fremder Interessen. Der Schutz vor Spionage, Terrorismus und extremistischen Bestrebungen hängt ebenfalls massgeblich von der Effektivität der Nachrichtendienste ab.

Forderungen der SVP

- Die SVP verlangt den Einsatz und Führung des strategischen und militärischen Nachrichtendienstes im Sinne der schweizerischen Sicherheitspolitik.
- Die SVP fordert die richtige Aufstellung dieser Dienste, ihre Modernisierung und ihre doktrinäre Verankerung.

Quellen

- SVP Schweiz. (2024). *Positionspapier Armee: Wieder kämpfen können*. Abgerufen von https://www.svp.ch/wp-content/uploads/240219_Positionspapier-Armee_Wieder-ka%CC%88mpfen-ko%CC%88nnen.pdf
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) . *Die Neutralität der Schweiz*. Abgerufen von <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/voelkerrecht/neutralitaet.html>
- Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) . *Die Guten Dienste der Schweiz*. Abgerufen von <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/frieden-menschenrechte/frieden/die-guten-dienstederschweiz.html>
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) . *Sicherheitspolitischer Bericht 2021*. Abgerufen von <https://www.sepos.admin.ch/de/sicherheitspolitischer-bericht-2021>
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) . *Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 als Folge des Kriegs in der Ukraine*.
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). *Die Schweizer Armee – Gegenwart und Zukunft*. Abgerufen von <https://www.vbs.admin.ch/de/schweizer-armee-gegenwart-zukunft>
- Brands, H., & Gaddis, J. L. (2021) . The Rise and Fall of the Great-Power Rivalry. *Foreign Affairs*. Abgerufen von <https://www.foreignaffairs.com/united-states/rise-and-fall-great-power-competition>
- National Defense University Press. (2020). *Introduction: The Return of Great Power Competition*. Abgerufen von <https://ndupress.ndu.edu/Media/News/News-Article-View/Article/2404286/1-introduction/>
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV) , Art. 58 (Armee). (Implizit referenziert)
- Nachrichtendienst des Bundes (2025). Sicherheit Schweiz. Lagebericht. Schweizerische Eidgenossenschaft.